

Umstrittener Windpark steht vor dem Aus

Seligenstadt: Streichung beschlossen

Seligenstadt (mho) ■ Weil über allen Seligenstädter Wipfeln gewöhnlich viel „Ruh“ ist, stießen Pläne, im Stadtwaldgebiet einen so genannten Windpark zu errichten, seit ihrem Bekanntwerden auf heftige Proteste. Zuletzt betonte eine auch von der Stadt unterstützte Bürgerinitiative, die Region sei als windarm eingestuft und deshalb für entsprechende Vorhaben denkbar ungeeignet.

Dessen ungeachtet scheint das Reizthema in Kürze auch formal „von der Landkarte“ zu verschwinden. Denn nach Angaben des Seligenstädter Unions-Politikers Joachim Bergmann plant die CDU/FWG-Gruppe in der Verbandsversammlung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Streichung der umstrittenen so genannten Vorrangfläche für Windkraft aus dem Regionalplan/Flächennutzungsplan. Bergmann, Seligenstadts Vertreter in der Verbandsversammlung, verweist auf einen Antrag, den die CDU/FWG-Gruppe in ihrer Klausurtagung kürzlich „einstimmig auf den Weg gebracht hat“. Die Beschlussfassung über die zweite Offenlage des Planentwurfes findet am 18. Februar statt. Die CDU/FWG-Gruppe verfügt mit 43 Sitzen und 54 Stimmen über die Mehrheit in der Kammer; hinzu kommen SPD

(22/28), FDP (5/6) und die Grünen 4/4).

Hinter dem Beschluss stehe die Überzeugung, „dass der Bau von Windkraftanlagen in einem bereits stark belasteten Gebiet und der damit verbundenen Zerstörung eines Waldes keinen Sinn macht“. Dafür habe er in der CDU/FWG-Gruppe geworben, sagt Bergmann. Mit dem Bau von Windrädern im Stadtwald auf einer Fläche von über 200 Hektar „wären erhebliche negative Auswirkungen auf wasser- und forstwirtschaftliche Belange zu erwarten gewesen. Zudem würde eine hochgradig schützenswerte Fauna unwiederbringlich vernichtet.“ Bei der Beratung des Vorentwurfes habe er deshalb wiederholt darauf hingewiesen, dass die Auswahl des ohnehin hoch belasteten Gebiets für ihn vollkommen unverständlich gewesen sei. „Die Bevölkerung trägt die Belastungen des Kraftwerkes Staudinger, der Flughafen ist nicht weit und der Lärm der Autobahn beeinträchtigt weite Teile des Stadtgebietes. Erholungsflächen in der Nähe sind dringend notwendig.“

Da alle guten Argumente die Verwaltung des Planungsverbandes nicht hätten überzeugen können, habe die CDU in der Planungskammer eine politische Entscheidung getroffen, die konsequent umgesetzt werden müsse.